

Gastkommentar

Im Sog internationaler Vorgaben

In regelmässigen Abständen muss Liechtenstein die vom Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch zu Steuerzwecken vorgegebenen Länderbewertungen und Peer-Reviews durchlaufen. Dabei wird geprüft, wie die Amtshilfestandards am Finanzplatz Liechtenstein eingehalten werden. Die Konformität mit den OECD-Standards wird als wesentliche Voraussetzung für den Marktzugang und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes verstanden. Im Weiteren wird Liechtenstein von Moneyval, dem Experten Ausschuss des Europarats zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, in regelmässigen Abständen auf die Einhaltung der internationalen Bestimmungen zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung geprüft. Solche Assessments und Peer-Reviews sind selbstredend nicht kostenlos. Neben den monetären Kosten binden sie ein Vielfaches an zeitlichen und personellen Ressourcen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, die Hintergründe der OECD zu sehen. Die OECD ist die Nachfolgeorganisation der nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), über die die Marshallplanhilfe zum Wiederaufbau Europas abgewickelt worden ist. Die Idee für die OECD war, den führenden Regierungen der Welt weiterhin eine Plattform zum informellen Austausch zu bieten, um so deren Zusammenarbeit aufrechterhalten zu können. Die Kernaufgabe der OECD damals lag darin, Analysen zu verschiedenen, wirtschaftlich relevanten Themenbereichen zu erstellen und die Mitgliedsstaaten mit Statistiken zu beliefern.

Weder die OECD noch Moneyval haben eine demokratische Legitimation. Sie sind von keinem Volkssouverän gewählt und entbehren einer verfassungsmässigen Grundlage. Dementsprechend haben sie auch keine Rechenschaftspflicht.

«Die Umsetzung von Regulierungsvorgaben muss für die Finanzplatzakteure kostenverträglich sein»

Prinz Michael von und zu Liechtenstein,
Executive Chairman von Industrie- und
Finanzkontor Etablisement

Sie sind nach wie vor ein informelles Gremium. Ihr Einfluss aber ist weitreichend. Kaum wahrnehmbar findet eine Verlagerung nationaler Entscheidungsgewalt auf diese supranationalen Organisationen statt. Und die Aussage, dass die OECD selbst indirekt Politik betreibt, ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Mit den schwarzen und grauen Listen der Steueroasen hat die OECD ein valables Machtinstrument geschaffen, mit dem sie Länder und Wirtschaftssysteme boykottieren kann. Die Staats- und Regierungschefs der G-20-Staaten goutieren dies und sind sich, ob schon ihre Interessen höchst heterogen sind, in zwei Punkten erstaunlich einig: Bürger sollen stärker überwacht und der Steuerwettbewerb zwischen Staaten soll auf ein von ihnen definiertes, höheres Niveau begrenzt werden.

Und so setzt sich ein Trend fort, der langfristig in eine Sackgasse führen wird: mehr supranationale

Vorgaben, Zentralisierung und Bürokratisierung sowie Eingriffe in die Privatsphäre des Einzelnen. Die Massnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus befeuern diesen Trend zusätzlich. Die Welt bewegt sich immer rascher auf einen Punkt zu, an dem liberal ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen vehement gefährdet sind. Sofern kein Umdenken stattfindet, werden sie in Zukunft wohl nur mehr noch in Geschichtsbüchern nachzulesen sein.

Kleinstaaten wie Liechtenstein können sich diesem Trend nur schwer entziehen, und dennoch besteht Handlungsspielraum: Erstens ist eine Mitgliedschaft und Mitarbeit in Gremien wie dem Global Forum oder Moneyval unvermeidlich. Eine systematische, internationale Vernetzung ist insbesondere für einen Kleinstaat wesentlich. Zweitens gilt es, das Wesen der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung hochzuhalten, wobei pragmatische, kostenverträgliche Lösungen einer prinzipiengetreuen Umsetzung von Vorgaben vorzuziehen sind. Drittens ist eine enge Zusammenarbeit der heimischen Akteure im regulatorischen Bereich wichtig und zielführend.

Der liechtensteinische Finanzplatz ist ein stützender Pfeiler der heimischen Volkswirtschaft. Deshalb muss bei der Umsetzung von Regulierungsvorgaben stets die Grössenverträglichkeit berücksichtigt werden, denn diese Möglichkeit besteht auch.



Prinz Michael von
und zu Liechtenstein

Kommentar

Die Diktatur der Vernunft?

Erleben wir eine Diktatur der Vernunft, der Wissenschaft oder gleich die grösste Verschwörung aller Zeiten? Der Religionsphilosoph Daniel von Wachter aus Liechtenstein sieht derzeit eine grosse Gefahr und macht das an der Bezeichnung «Verschwörungstheoretiker» in einem aktuellen Beitrag fest. Milosz Matuschek als stv. Chefredaktor des «Schweizer Monats» zitiert den Philosophen sogar in einem Kommentar in der NZZ. «Auch eine Diktatur der Vernunft ist eine Diktatur», stellt er klar. Wissenschaftsgläubigkeit sowie blinder Gehorsam gegenüber wissenschaftlichen Autoritäten seien seiner Ansicht nach mindestens so gefährlich wie Unwissenschaftlichkeit, so Matuschek.

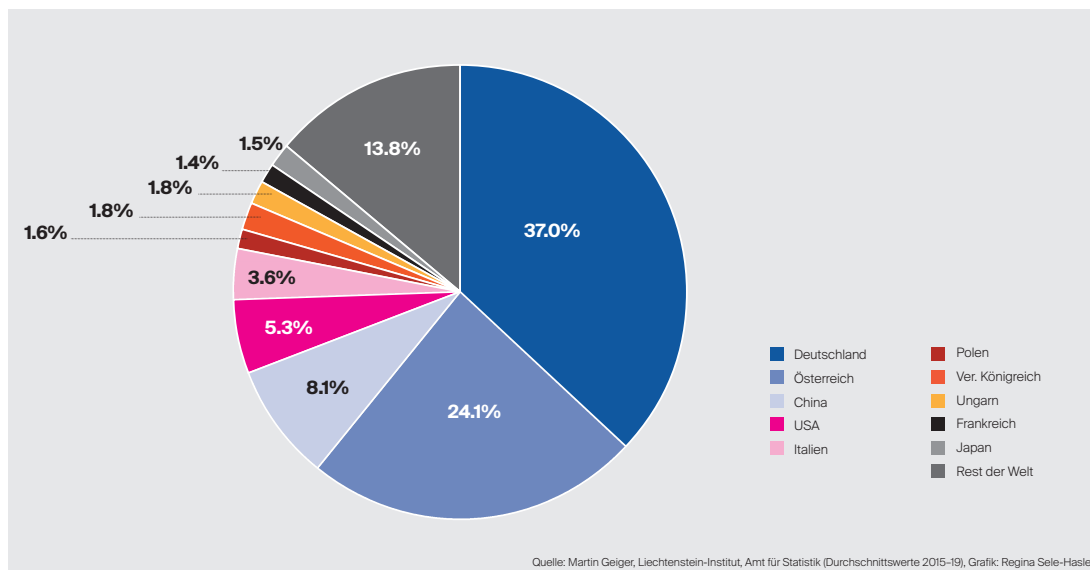
Damit trifft er den Nerv all jener, die skeptisch sind. Sind die Einschränkungen der vergangenen Wochen wirklich nötig und mit unseren Grundwerten, einer liberalen Wirtschaftsordnung, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie überhaupt vereinbar? Spätestens dann, wenn Grund- und Bürgerrechte als Ballast betrachtet werden und wir via App auf Schritt und Tritt überwacht werden im Kampf gegen den unsichtbaren Feind, dann ist es wohl mehr als angebracht, das alles kritisch zu hinterfragen. Freiheit gegen Sicherheit zu tauschen, das erschien mir noch nie eine gute Wahl zu sein. Doch die Wahl, vor der Ärzte oder medizinisches Personal stehen würden, kann keine Alternative sein: Wer darf dann leben und wer muss sterben, weil die Intensivbetten überfüllt sind und die Beatmungsgeräte nicht ausreichen? Wer die durchschnittliche Lebenserwartung erreicht hat, muss sterben? Ich frage mich, welche Antwort Philosophen auf diese Frage parat haben. Wenn wir als Gesellschaft einmal einen solchen Weg einschlagen, dann gibt es wohl kein Zurück mehr.

Dennoch ist es wichtig, dass Bürger für ihre Grundrechte eintreten – auch in Krisenzeiten. Im gleichen Atemzug, in dem manche aber Behörden, Institute sowie Regierungen und ihre Entscheidungen hinterfragen, laufen sie los und zitieren irgendwelche Seiten und angeblich wissenschaftliche «Studien» im Internet. Ohne zu wissen, welche Quellen verwendet wurden, oder wer überhaupt der Betreiber eines ominösen Blogs ist. Hauptsache, die «Wahrheit» passt für einen selber. Wer ins Gegenteil kippt, und alles glaubt, das irgendjemand im Internet veröffentlicht, hat die Bezeichnung «Verschwörungstheoretiker» verdient und schadet allen rationalen Skeptikern und kritischen Denkern, die im Verschwörungswirrwarr untergehen.



Dorothea Alber
Chefredaktorin

Direktimporte und liechtensteinisches Produktionsnetzwerk in Zeiten von Covid-19



Die Covid-19-Pandemie beeinträchtigt die internationalen Wertschöpfungsketten und Produktionsnetzwerke. Die Grafik stellt die Herkunftsländer der liechtensteinischen Güterdirektimporte exklusive der Schweiz, welche in der Aussenhandelsstatistik nicht ausgewiesen wird, dar.

Güterimporte sind nicht nur für den Konsum wichtig, sondern in Liechtenstein insbesondere auch in Form von Vorleistungen für die Produktionswirtschaft. Über 60 Prozent der Direktimporte kommen aus Deutschland und Österreich. Im

Zuge der Covid-19-Pandemie könnten sich die historisch gewachsenen Verbindungen nach Deutschland, Österreich und natürlich auch in die Schweiz als Stabilitätsanker erweisen. Einerseits ist die geringe geografische Distanz zu diesen Handelspartnern ein Vorteil in Zeiten eingeschränkter Gütermobilität, andererseits lassen sowohl die sinkenden Fallzahlen als auch die beginnenden Lockerungen in diesen Ländern darauf schliessen, dass die Produktionsnetzwerke mit diesen Handelspartnern weitgehend intakt bleiben.



Daten und Text: Martin Geiger
Liechtenstein-Institut